



Neuer Streifenwagen: Der Fuhrpark wird bunter

Im Herbst wird es spannend: Die ersten Ausschreibungen für den Nachfolger des BMW 318 als Streifenwagen sind fertig und stehen kurz vor der Veröffentlichung. Dann wird sich zeigen, welche Hersteller sich mit welchen Fahrzeugen bewerben. Geplant ist, dass die ersten Fahrzeuge der neuen Generation ab 2019 auf die Straße kommen und dann den größeren Teil der aktuellen BMW-Flotte ersetzen.

Fest steht bereits jetzt, dass es zukünftig nicht nur einen Streifenwagen in NRW geben wird, sondern unterschiedliche Fahrzeugtypen: Ausgeschrieben werden sowohl ein sogenannter Utility-Van (wie z. B. Mercedes Vito), als auch ein Großraum-Van (wie z. B. Ford S-MAX). Damit wird unterschiedlichen Anforderungen Rechnung getragen, weil z. B. Utility-Fahrzeuge in der Regel nicht in ältere Parkhäuser einfahren können. Den Fahrzeugmix können die Behörden in Zukunft teilweise selbst entscheiden. Lediglich ein Drittel des Fuhrparks ist jeweils für Utility- bzw. Großraumfahrzeuge festgelegt. Bei dem verbleibenden Drittel sollen die Behörden selbst entscheiden können, welchen der beiden Fahrzeugtypen sie bevorzugen. Auch der aktuelle BMW wird vor 2022 nicht ganz verschwinden: Der Kombi bleibt als kleineres Fahrzeug im Programm, weil in bestimmten Funktionen kein großes Fahrzeug benötigt wird.

Die Polizei NRW verabschiedet sich damit von dem Wunsch nach einer „Eierlegenden Wollmilchsau“ als Streifenwagen, der den Anforderungen sowohl in ländlichen Bereichen als auch in der Innenstadt genügen muss. Dabei konnte immer nur ein Kompromiss herauskommen. Richtig ist auch, dass das Innenministerium den Behörden zukünftig nicht mehr vorschreibt, wie viele Fahrzeuge welchen Typs sie

genau vorhalten müssen, sondern dass die Verantwortung für die Zusammenstellung des Fuhrparks an die Behörden abgegeben wird. Damit kann eine größere Nähe zur Praxis erreicht werden.

Die aktuellen Ausschreibungen sind das Ergebnis einer intensiven Beteiligung der Anwenderinnen und Anwender im Vorfeld. Fünf Prototypen konnten Kolleginnen und Kollegen in fünf Behörden Anfang des Jahres für fünf Wochen im Real-

Kritik am aktuellen Streifenwagen gelernt: Der 3er-BMW war ohne eine umfangreiche Beteiligung der Nutzer durchgeführt worden und stieß prompt unmittelbar nach der Einführung auf Kritik. Natürlich wird sich jedes neue Fahrzeug erst im Einsatz bewähren müssen, aber viele Probleme mit dem aktuellen Streifenwagen – insbesondere das unzureichende Platzangebot – hätten sich im Vorfeld durchaus erkennen lassen können.

Aus Sicht der GdP ist das jetzt mit großer Transparenz durchgeführte Verfahren deshalb genau der richtige Schritt. Damit wird den von uns im Nachgang zur Beschaffung des aktuellen Streifenwagens aufgestellten Forderungen nach einer besseren Nutzerbeteiligung, entsprochen. Bei einem Volumen von über 2000 Fahrzeugen, die in NRW als Streifenwagen



unterwegs sind, ist auch der Aufwand gerechtfertigt. Nicht nur, weil es um die Verwendung erheblicher Haushaltsmittel geht, sondern gerade auch, weil es sich um ein zentrales Arbeitsmittel handelt, mit dem die Kolleginnen und Kollegen ab 2019 voraussichtlich vier Jahre lang tagtäglich umgehen müssen. Die breite Nutzerbeteiligung im Vorfeld der Beschaffung ist deshalb ein wichtiger Beitrag zur Arbeitszufriedenheit.

Das jetzt erstellte Leistungsverzeichnis, das Grundlage der Ausschreibungen ist, ist aber noch lan-

betrieb auf Herz und Nieren prüfen. Auch die interne Kommunikation über die beteiligten Behörden hinaus stellte sicher, dass auch nicht unmittelbar beteiligte Kolleginnen und Kollegen sich breit und umfangreich informieren konnten.

Das sich daraus ergebende Feedback hat das LZPD für die Ausschreibung berücksichtigt. Unter anderem hat sich deutlich gezeigt, dass kleinere Fahrzeugtypen, als die, die jetzt zur Ausschreibung kommen, für die Polizei in NRW nicht geeignet sind. Mit diesem Verfahren hat die Polizei NRW aus der



ge nicht der letzte Schritt zum Erfolg. Erst wenn das erste neue Fahrzeug in Gebrauch ist, wird sich zeigen, ob tatsächlich alles optimal gelaufen ist. Bis dahin muss noch das komplette Beschaffungsverfahren abgewickelt werden. Dabei wird darauf zu achten sein, dass die wertvollen Erkenntnisse aus dem Probeauf nicht in Vergessenheit geraten. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass am Ende nicht aus fis-

kalischen Erwägungen heraus das aus Sicht der Praktiker nur zweit- oder drittbeste Fahrzeug angeschafft wird. Dann wird aus der Begeisterung über das bis jetzt aus Sicht der Anwenderinnen und Anwender vorbildliche Verfahren schnell Enttäuschung. Das gilt es unbedingt zu vermeiden. Die GdP wird deshalb das Beschaffungsverfahren auch weiterhin eng begleiten.

Darüber hinaus darf das jetzt durchgeführte Verfahren aber auch keine Eintagsfliege bleiben: Die Forderung nach mehr Nutzerbeteiligung zog sich wie ein roter Faden durch Anträge zum Thema Ausstattung und Ausrüstung, die auf dem Landesdelegiertentag der GdP Mitte April verabschiedet worden sind. Nutzerbeteiligung und Transparenz für die Anwender bei Beschaffungsverfahren sind damit für die GdP zentrale Anliegen.

Streifenwagen: Einsatzmittel und Arbeitsplatz



Wenn das Urteil über einen Streifenwagen „zu klein“ und „für den Polizeialtag nicht geeignet“ lautet, kann im Vorfeld der Ausschreibung nicht alles richtig gelaufen sein. Es hilft aber nicht, dies nur zu kritisieren, es gilt die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Darum ist der jetzt beschrittene Weg, um ein Nachfolgefahrzeug für den 3er-BMW zu

finden, genau der richtige. Erst die Praktiker fragen und dann anschaffen.

Der Streifenwagen ist längst nicht mehr nur Transportmittel. Er ist ein vollwertiger Arbeitsplatz auf Rädern. Und als solcher werden an ihn, wie an den Polizeiberuf auch, ständig wachsende Anforderungen gestellt. Um das zu verstehen, genügt schon ein Blick in den Kofferraum eines Streifenwagens. Vor allem die Erkenntnis, dass es nicht „den“ Streifenwagen für alle Einsatzsituationen gibt, muss endlich bei einer Neuanschaffung vorrangig berücksichtigt werden. Die Eierlegende Wollmilchsau

gibt es nicht. Der Wach- und Wechseldienst in Ballungsräumen, wo schnell weitere Funkstreifenwagen zur Unterstützung herbeieilen können, benötigt nicht so sehr die Allzweckfahrzeuge, wie der Wach- und Wechseldienst in Flächenbehörden, wo Unterstützung nicht so schnell vor Ort sein kann. Dem soll jetzt Rechnung getragen werden. Dass jetzt ein Mix an Fahrzeugen angeboten werden soll ist genauso zu begrüßen, wie die größere Flexibilität für die Behörden bei der Zusammenstellung ihrer Fahrzeuge.

Die GdP wird den Prozess konstruktiv und kritisch begleiten. Denn gut gemeint heißt ja nicht auch schon gut gemacht. Es bleibt nur zu hoffen, dass hinterher Funkstreifenwagen angeschafft werden, die hauptsächlich praxisbezogene Kriterien erfüllen und nicht vorrangig finanzielle. Und wenn dann am Ende diejenigen, die in den und mit den Fahrzeugen arbeiten müssen, zufrieden sind, dann ist uns das zugegeben wichtiger, als dass die Haushälter zufrieden sind.

**Michael Mertens,
Landesvorsitzender**

Perspektiven für Verwaltungsbeamtinnen und -beamte bei der Polizei verbessern

Für die Funktionsfähigkeit der Polizei bedarf es eines reibungslosen Betriebsablaufs. Neben den Regierungsbeschäftigten sorgen die Verwaltungsbeamten dafür, dass sich die Polizeivollzugsbeamten ihren originären Aufgaben widmen können und von klassischen Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

Dabei arbeitet die Verwaltung im Hintergrund und nimmt klassische Aufgaben im Bereich des Innendienstes, des Personalmanagements, der Or-

ganisation sowie des Haushalts wahr.

Praktisch bedeutet dies, dass sich die Kolleginnen und Kollegen in der Polizeiverwaltung beispielsweise um die Personalplanung, das Waffenrecht, Trennungentschädigungen, Reisekosten, Liegenschaften, die Funktionsfähigkeit und Beschaffung der Einsatzmittel oder aber auch um die Technik in den Behörden kümmern.

Doch schlechter noch als im Vollzugsbereich stellt sich die Personalsituation in der Polizeiverwaltung dar. In den Po-

lizeibehörden bestehen bereits massive Personalengpässe. Grund dafür ist u. a., dass Verwaltungsbeamte aufgrund mangelnder Perspektiven bei der Polizei häufig zu anderen Landesbehörden und Kommunen wechseln und dass für pensionierte Beamtinnen und Beamte kein entsprechender Nachersatz eingestellt wird.

Sinnvoll wäre aus Sicht der GdP deshalb eine echte Aufgabenanalyse, die den Personalbedarf in den Polizeipräsidien und Landratsbehörden ermittelt.



Seit Mitte der 90er-Jahre erfolgt die Berechnung des Personals bei der Polizei durch die sogenannte Belastungsbezogene Kräfteverteilung (BKV), die in ihrem Anfang das tatsächlich vorhandene Personal als Bedarf fest- und bis heute fortgeschrieben hat. Damit ist diese denkbar ungeeignet, den wirklichen Personalbedarf im Bereich der Polizeiverwaltung abzubilden.

Außerdem schlägt die GdP vor, die Anzahl der Regierungsinspektorinnen und -inspektoren deutlich zu erhöhen und bereits bei deren Einstellung festzulegen, wie viele Personen verbindlich im Polizeibereich verbleiben und infolgedessen die fachpraktische Ausbildung dann größtenteils in den Polizeibehörden absolvieren. Auch die

Landesregierung hat in ersten Gesprächen mit der GdP Problembewusstsein gezeigt und erkannt, dass die Einstellungszahlen im Bereich der Verwaltung erhöht werden müssen, um die Funktionsfähigkeit der Polizei zu erhalten.

Darüber hinaus ist es erforderlich, die Aufstiegschancen auch für die Verwaltungsbeamten deutlich zu verbessern. Fehlende Möglichkeiten im Bereich der Fachkarrieren führen zwangsläufig dazu, dass sich die Kolleginnen und Kollegen auf Führungsfunktionen bewerben müssen, um überhaupt eine Beförderung in ein Amt nach A 12 oder A 13 zu erreichen. Daher müssen die Beförderungsmöglichkeiten nach A 12 und A 13 ausgeweitet werden, um Füh-

rungspositionen angemessen zu bewerten und Fachkarrieren zu ermöglichen.

Die GdP setzt sich sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene aktiv für die in der Verwaltung tätigen Kolleginnen und Kollegen ein. Nur fachspezifische Personalbesetzungen in der Polizeiverwaltung entlasten die auf dem Gebiet der Exekutive tätigen Polizeivollzugsbeamten und erhöhen damit die Qualität und Funktionsfähigkeit der Polizei insgesamt.

Einmal jährlich führt der Landesbezirk der GdP deshalb ein zweitägiges Seminar für Verwaltungsbeamte durch, in dem die Probleme der Basis aufgegriffen und an deren Verbesserung gearbeitet wird.

Lehrzulage für Einsatztrainerinnen und Einsatztrainer

Den Einsatztrainerinnen und Einsatztrainern wurde per Erlass des Ministeriums des Innern des Landes NRW vom 22. März dieses Jahres die Lehrzulage entzogen. Seitdem setzt sich die GdP dafür ein, dass die Trainerinnen und Trainer diese Zulage behalten.

Der Finanzminister hat zwischenzeitlich eine Weiterzahlung der Zulage abgelehnt. Der Grund: Würde man die Lehrzulagenverordnung des Landes NRW erweitern, würden nicht nur die Einsatztrainerinnen und Einsatztrainer einen Anspruch auf Zahlung der Lehrzulage haben, sondern allen Beschäftigten, die im Bereich der Aus- oder Fortbildung arbeiteten, müsste dann eine entsprechende Zulage gewährt werden.

Dies ist aus Sicht der GdP jedoch der falsche Ansatz – es ist nicht erforderlich, die Lehrzulagenverordnung zu erweitern. Vielmehr handelt es sich bereits jetzt bei den von den Einsatztrainerinnen und Einsatztrainern durchgeführten Aufgaben um eine zulagenberechtigende Lehrtätigkeit i. S. d. § 2 Abs. 1 Lehrzulagenverordnung, sodass es überhaupt nicht erforderlich ist, die Tatbestandsvoraussetzungen der Lehrzulagenverordnung zu erweitern.

Insbesondere durch die theoretische Vorbereitung eines realitätsnahen und bedarfsgerechten Trainings unter Anwendung des im Handbuch zum „Einsatztraining NRW“ beschriebenen Rahmens wird – wie von der Lehrzulagenverordnung gefordert – von den Ein-

satztrainerinnen und Einsatztrainern theoretisches Wissen methodisch vermittelt.

Durch die terroristische Bedrohung haben sich die rechtlichen und methodisch-taktisch zu vermittelnden Inhalte beim Einsatztraining nochmals erhöht. Auch bei einer möglichen Einführung von Distanz-Elektro-Impuls-Geräten (DEIG) wird es zwingend zur Vermittlung rechtstheoretischer Inhalte kommen müssen. Gleiches gilt für die von der Landesregierung geplanten Änderungen im Polizeigesetz im Rahmen des Sicherheitspaketes – auch diese müssen zwangsläufig in die Trainings der Basisorganisationseinheiten einfließen.

Im Vordergrund der von den Trainerinnen und Trainern ausgeübten Tätigkeit steht folglich das Begreifen von theoretischen Hintergründen und Abläufen, Vorgehensweisen und Regeln, um so professionelles polizeiliches Einschreiten unter Beachtung der Mindeststandards zu vermitteln.

Auch Innenminister Reul erkennt die von den Einsatztrainerinnen und Einsatztrainern geleistete Arbeit an und ist der Auffassung, dass diesen eine Zulage für ihre Tätigkeit zustehen muss. Fraglich ist aus seiner Sicht lediglich, auf welche Rechtsgrundlage die Zahlung einer Lehrzulage gestützt werden kann. Insofern werden im Ministerium des Innern momentan die rechtlichen Voraussetzungen der Lehrzulagenverordnung geprüft.

GdP-VERKEHRSFORUM 2018

Neue Regeln für den Radverkehr?

Die Zahl der Fahrradfahrer auf den Straßen auch in NRW steigt seit Jahren steil an. Das liegt nicht zuletzt an der zunehmenden Verbreitung von Pedelecs. Fahrradfahren entlastet verstopfte Innenstädte, trägt zum Klimaschutz bei und dient auch unmittelbar der Gesundheit. Die Schattenseite des Fahrradbooms sind steigende Unfallzahlen unter Beteiligung von Fahrradfahrern.

Vor diesem Hintergrund diskutiert das diesjährige Verkehrsforum der GdP am 24. 10. 2018 im Bürgersaal in den Düsseldorf Arcaden (Bilk), wie die Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer verbessert werden kann. Das Forum wird dabei auch die Forderung des Landesdelegiertentags der GdP nach der Einführung einer Helmpflicht für Fahrradfahrer aufgreifen.

Teilnehmer werden auch die Möglichkeit haben, sich über den aktuellen Stand der Diskussion über die Neuausrichtung der Verkehrsdirektionen in NRW zu informieren und auszutauschen.

Weitere Infos und Anmeldung in Kürze über www.gdp-nrw.de



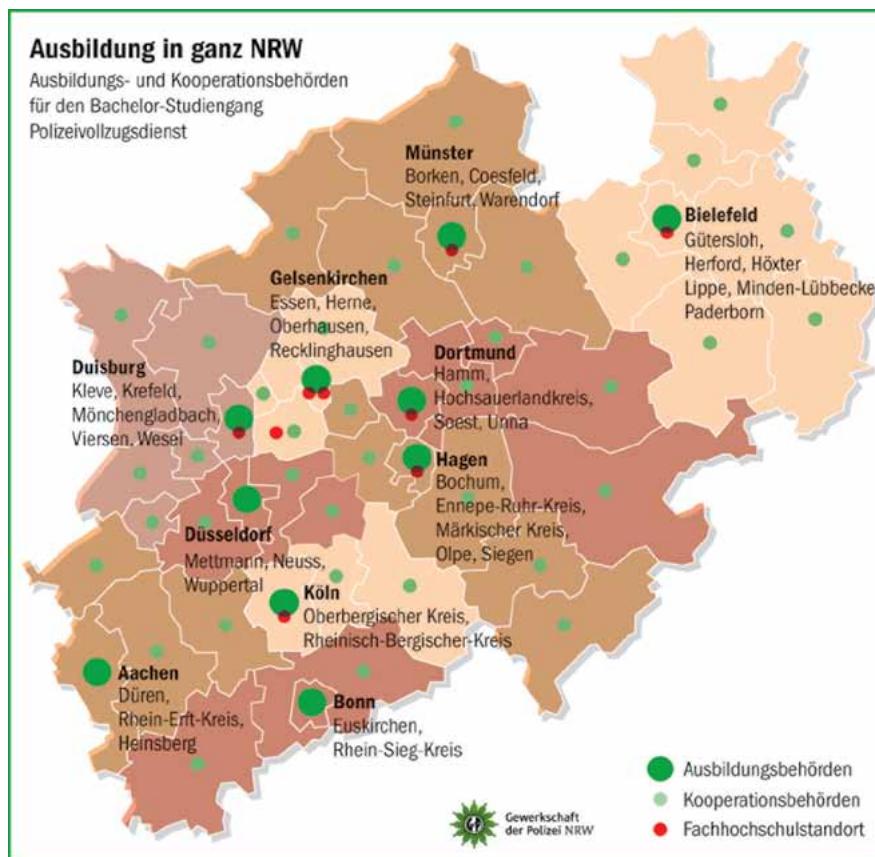
TIPPS FÜR DAS BACHELORSTUDIUM BEI DER POLIZEI

Niemand ist auf sich allein gestellt!

Wer sich heute als junger Mensch bei der Polizei bewirbt, trifft damit eine ganz bewusste Entscheidung. Die schwierige gesellschaftspolitische Gemengelage und die anhaltende Terrorgefahr sind nur zwei der Herausforderungen, auf die die Polizistinnen und Polizisten reagieren müssen. Deshalb ist es wichtig, dass die Ausbildung bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen einen hohen Qualitätsstandard hat. Und dass dieser hohe Ausbildungsstand trotz der in den letzten Jahren erfolgten Erhöhung der Einstellungszahlen auf 2300 Kommissaranwärterinnen und -anwärter auch in der Zukunft gehalten und weiter ausgebaut wird.

Das Bachelorstudium ist ein duales Studium. Es teilt sich in Theorie-, Trainings- und Praxisphasen auf:

- Der fachtheoretische Teil findet an einem der zehn Standorte der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in NRW statt. Dort lernen die angehenden Polizistinnen und Polizisten in einem festen Kursverbund. Damit die notwendige Wissensvermittlung Schritt für Schritt erfolgt, ist das Studium in einzelne Module gegliedert. An der Fachhochschule werden die Grundlagen für die tägliche Polizeiarbeit und für den Umgang mit besonderen Einsatzanlässen und Kriminalitätsformen vermittelt. Jedes Modul schließt mit einer Prüfung ab. Es gibt verschiedene Prüfungsformen wie Klausuren, Fachgespräche oder Hausarbeiten.
- Direkt im Anschluss an die einzelnen Module wird das an der Fachhochschule Gelernte in speziellen Trainingssituationen



Mit Herne steht in diesem Jahr ein weiterer Standort der Fachhochschule für das Bachelorstudium für die Polizeiausbildung in NRW zur Verfügung. Aachen ist für das kommende Jahr in Planung. Dafür hat auch die GdP gesorgt. Durch die zusätzlichen Studienorte können lange Fahrten der Kommissaranwärterinnen und -anwärter quer durch NRW verhindert werden.

„Auch wenn ihr euch am Anfang des Studiums vielleicht überfordert fühlt, bleibt trotzdem am Ball und gebt nicht auf. Viele Fragen und Probleme lösen sich mit der Zeit von selber.“

Nico Terlinden,
Studierender FHöV Köln

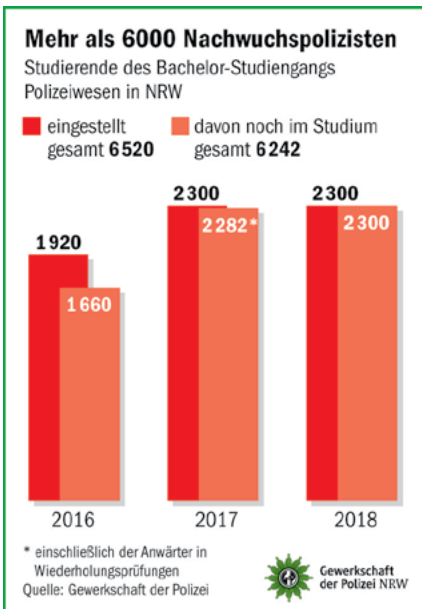
geübt. Das Training findet an einem der drei Standorte der Polizei für die Aus- und Weiterbildung statt – dem LAFP. Das Training beinhaltet verschiedene Einsatzanlässe wie zum Beispiel „Hilflose Person“ und typische Aufgaben wie Spurensicherung, Verkehrsunfallaufnahme und Schießtraining.

- Darauf aufbauend absolvieren die angehenden Polizistinnen

und Polizisten anschließend ein Praktikum in den Polizeibehörden vor Ort. Das Praktikum findet entweder in der jeweiligen Einstellungs- und Ausbildungsbehörde statt oder in einer dazugehörigen Kooperationsbehörde. Erfahrene Tutoren stehen den Studierenden dabei mit Rat und Tat zur Seite.

Das Bachelorstudium „Polizeivollzugsdienst“ hat zum Ziel, allen Studierenden die notwendi-





Mit dem Start des Einstellungsjahrgangs 2018 am 1. September bereiten sich in NRW mehr als 6000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter auf den Polizeiberuf vor. So viele wie noch nie. Auch wenn nicht alle von ihnen das Studium erfolgreich abschließen werden, wird die Erhöhung der Einstellungszahlen erst ab 2020 schrittweise zu einer Entlastung der angespannten Situation in den Wachen und Kommissariaten führen.

gen Handlungskompetenzen zu vermitteln, die sie brauchen, um die Herausforderungen der ersten Berufsjahre bei der Polizei zu meistern. Der Standard ist bewusst hoch, da der Polizeiberuf sehr anspruchsvoll ist. Die Klausuren, Prüfungen und Hausarbeiten, speziell im Grundstudium, stellen für viele eine Hürde dar. Deshalb ist wichtig, die Prüfungen von Anfang an ernst zu nehmen und nicht zu unterschätzen. Wer von Beginn an am Ball bleibt, hat es im Laufe des Studiums einfacher.

Aber niemand muss die Herausforderungen der Polizeiausbildung alleine meistern! Alle angehenden Polizistinnen und Polizisten können sich schon beim Berufseinstieg auf die Unterstützung der GdP verlassen:

- Eine aufwendige Literaturrecherche für die eigene Hausarbeit oder die Vorbereitung auf ein Fachgespräch kann sich schon einmal als schwierig herausstellen. Die Literaturdaten-

bank der GdP ist eine effektive Arbeitshilfe, um schnell und unkompliziert Literaturquellen rund um die Themen Polizei, Recht und Gewerkschaft zu finden.

- Auch bei Fragen und Problemen vor den Klausuren kann sich jeder als GdP-Mitglied Hilfe von erfahrenen Kolleginnen und Kollegen holen. Die GdP-Klausurchecks werden von Dozentinnen und Dozenten der Fachhochschule durchgeführt und vertiefen noch einmal den erlernten Stoff. Offene Fragen und Probleme können dort ebenfalls angesprochen und erläutert werden.
- Und überall vor Ort gibt es die Junge Gruppe der GdP, die mit Rat und Tat zur Seite steht.

Das Studium für den Polizeidienst ist so abwechslungsreich wie anspruchsvoll, weil es auf einen anspruchsvollen und spannenden Beruf vorbereitet. Wer von Beginn an am Ball bleibt und sich zudem auch nicht scheut, während des Studiums Fragen zu stellen, wird eine gute und erfolgreiche Studienzeit haben! Es gibt viele Ansprechpartner – an der Fachhochschule, im LAFP und in den Behörden –, die einem bei Fragen und Problemen weiterhelfen. Von der Ausbildungsleitung, über den örtlichen Personalrat oder die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV), bis hin zur GdP-Kreisgruppe vor Ort.



Erfolgreich durchs FHöV-Studium NRW

Infos für Studienanfänger
Studienjahr 2018



Wer das dreijährige Bachelorstudium zum Polizeibeamten in NRW erfolgreich durchlaufen will, muss frühzeitig wissen, worauf es beim Studium ankommt. Einen Überblick über die wichtigsten Fakten vermittelt der Ratgeber „Erfolgreich durchs FHöV-Studium NRW“. Ihn gibt's überall bei den Kreisgruppen vor Ort und im Internet unter: www.gdp-nrw.de



Wasserschutzpolizei NRW – es bleibt spannend

Die Frage der Neustrukturierung der Wasserschutzpolizei NRW hat durch die aktuelle Entscheidung der Landesregierung zum Kauf neuer Polizeiboote weiter Fahrt aufgenommen.

Bereits seit 2015 fand eine intensive Diskussion statt, angestoßen durch die Vorlage konzeptioneller Überlegungen des Polizeipräsidiums Duisburg. Diese Konzeptansätze zur Neustrukturierung der Wasserschutzpolizei sind auf massive Kritik bei der örtlichen GdP gestoßen. Unter anderem dank ihrer qualifizierten Öffentlichkeitsarbeit ist es der GdP gelungen, dass das Innenministerium Ende 2016 zur weiteren Entscheidungsfindung zwei zweitägige Workshops anberaumte, die unter intensiver

Beteiligung aktiver Kolleginnen und Kollegen der WSP durchgeführt wurden. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen zum einen die Standortfragen, sowohl am Rhein als auch im Kanalbereich von NRW. Zum anderen ging es um die zentrale Frage der Flottenerneuerung, auch hier sowohl für die Rheinflotte als auch für die Polizeiboote auf den Kanälen von NRW. Konkret stellten sich die Fragen, welche Boote werden in welcher Anzahl bis zu welchem Zeitpunkt angeschafft. Aufgrund der sich weiterentwickelten Sicherheitslage wurde im Anschluss an die Workshops eine weitere Arbeitsgruppe zur zukünftigen Strukturierung der Wasserschutzpolizei eingerichtet.

Aktuell ist nun neue Bewegung in die Frage der Flottenerneuerung gekommen.

Anlässlich seines Besuchs bei der Wasserschutzpolizei in Duisburg Ende Juli dieses Jahres, verkündete Innenminister Herbert Reul, dass die Landesregierung in den nächsten vier Jahren vier neue Boote anschaffen werde, die nach dem neuesten Stand der Technik ausgestattet werden sollte. Insgesamt verfügt die WSP NRW aktuell über 24 Boote. Aus Sicht der GdP ist diese Neu-

anschaffung sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, der so notwendig wie überfällig ist und eine entsprechende zeitliche Dringlichkeit hat. Es besteht seitens des Innenministeriums die Zusage, dass die Flottenerneuerung im jährlichen Rhythmus fortgesetzt wird.

Problematisch ist weiterhin die Standortfrage. So wird die geplante Schließung der Wache Wesel kritisch diskutiert. Auch die Absicht des Innenministeriums, den Wachbereich Bergeshövede/Bramsche zu schließen, stößt auf Kritik der GdP. Es kann deutlich benannt werden, welchen strategischen Wert dieser Wachbereich für die aktuelle Sicherheitsfrage hat, zumal es sich um den größten Wachbereich innerhalb des nordrhein-westfälischen Kanalnetzes handelt.

Im Ergebnisbericht der Arbeitsgruppe WSP ist dazu festgehalten: „Unter den Teilnehmern wurde eine wasserschutzpolizeiliche Präsenz im jetzigen Zuständigkeitsbereich der beiden Standorte (Bergeshövede/Bramsche) grundsätzlich für notwendig erachtet ...“

Also – es bleibt spannend, und die GdP bleibt am Ball, auch und gerade bei der Wasserschutzpolizei.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der Oktober-
Ausgabe ist der 4. September.**

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 9.9. Richard Wüsthube, Münster
- 10.9. Günter Eggert, Essen
- 15.9. Egon Mengede, Gelsenkirchen
- 18.9. Anneliese van Eesbeeck,
Mönchengladbach
- 23.9. Hannelore Killing, Solingen
- 28.9. Maria Schippers,
Mönchengladbach

91. Geburtstag

- 21.9. Annelore Hagel, Aachen
- 24.9. Franz Stamm, Düsseldorf

92. Geburtstag

- 8.9. Hans Doll, Köln
- 16.9. Martha Günther, Euskirchen
- 17.9. Rudolf Hoffmann, Wesel

93. Geburtstag

- 13.9. Harry Pusiol, Essen
- 27.9. Antonius Mettllicki, Solingen

94. Geburtstag

- 7.9. Lore Meißner, Verl
- 12.9. Edith Felsner, Duisburg
- 13.9. Elisabeth Soethe, Sendenhorst
- 27.9. Wilma Stücker, Bielefeld

95. Geburtstag

- 20.9. Elisabeth Böhm, Münster
- 22.9. Franz Hupe, Duisburg
Hildegard Machholz,
Recklinghausen
- 26.9. Günter Link, Langenfeld

98. Geburtstag

- 1.9. Inge Schmidt, Velbert
- 30.9. Josefine Winter, Garstedt

99. Geburtstag

- 12.9. Ernst Gräwinger, Wuppertal
- 13.9. Hedwig Probst, Bottrop
- 16.9. Hilda Horstmann, Dinslaken

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand wünscht
allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



HOTLINE-SEMINAR VOM 17. BIS 18.10.2018 IN KAMEN

Die Bedeutung der Einheitsgewerkschaft

In der Gewerkschaftsgeschichte gab es nicht nur in Deutschland die unterschiedlichsten Formen und Strukturen gewerkschaftlicher Organisationen. Es war ein langer Weg zur Einheitsgewerkschaft, zu einer Organisationsform, die alle Kolleginnen und Kollegen unabhängig von ihrer politischen und religiösen Orientierung und unabhängig von ihrem Status (Tarifbeschäftigte – Beamte) unter einem Einheitsdach zusammenfassen konnte.

Häufig haben Niederlagen im Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dazu geführt, Organisationsstrukturen zu verändern, zu verbessern.

Die größte geschichtliche Niederlage der Gewerkschaften in Deutschland war der Nationalsozialismus von 1933 bis 1945. Nicht nur das Verbot gewerkschaftlicher Organisationen sondern auch die Verfolgung und Ermordung zahlloser Mitglieder und Funktionäre hat hier eine grausame Entwicklung genommen.

Fritz Schulte, der selbst mit viel Glück seine Gefangenschaft im KZ Bürgermoor überlebte, hat deshalb bei der Gründung der Gewerkschaft der Polizei 1948 ein klares Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft getroffen, – die GdP sollte die 17. Säule des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) werden.

Aus unterschiedlichen politischen und organisatorischen Gründen konnte die GdP nicht Gründungsmitglied des DGB 1949 sein. Es dauerte tatsächlich bis 1978, bis die GdP auf einem außerordentlichen Bundeskongress ihren Eintritt in den DGB beschließen konnte.

Einer der ersten Schritte war die Schaffung einer „Tarifgemeinschaft der öffentlichen Dienst-(ö. D.-)Gewerkschaften – die GdP war nun bei Tarifverhandlungen ganz vorne mit dabei.

Weitere Schritte folgten. Das gemeinsame Auftreten bei Parlamentsanhörungen, gemeinsame Aktionen und Demonstrationen, Kooperationen im Bereich Wissenschaft, Rechtsschutz und Öffentlichkeitsarbeit, gemeinsame Auftritte bei politischen Projekten, Kooperationen in vielen organisatorischen und politischen Fragen.

Klar ist eine Arbeitsteilung von DGB und Einzelgewerkschaften. So vertritt die GdP alle Fragen zum Thema „Innere Sicherheit“, die Einzelgewerkschaften sind Träger der Tarifaueinandersetzung, der DGB kümmert sich um die Gesellschaftspolitik.

Natürlich können bei Kooperationen auch Probleme und Konflikte auftreten, so auch beim DGB. Es gibt unterschiedliche Einschätzungen zu Detailfragen, manchmal

auch zu Grundsatzfragen. Dies kann Probleme im Bereich der Energiegewinnung genauso betreffen wie Fragen der Inneren Sicherheit. Auch unterschiedliche Einschätzungen im Bereich von Strategie und Taktik, bei allgemein politischen wie gewerkschaftlichen Fragestellungen sowie bei der Frage der Kooperation mit anderen politischen Gruppierungen können aktuell werden. Hier gilt es konstruktive Wege der Diskussion zu entwickeln.

Manchmal sind auch Mehrheitsentscheidungen notwendig.

All diese Fragen, vor dem Hintergrund gemeinsamer Geschichte der deutschen Einheitsgewerkschaft sind Gegenstand unseres Hotline-Seminars vom 17. bis 18.10.2018 in Kamen-Kaiserau.

Sowohl der Landesvorsitzende Michael Mertens, als auch der DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann werden mit anwesend sein um diese Diskussion intensiv zu führen.

Angesprochen sind vor allem aktive Kolleginnen und Kollegen aus den Vorständen der Kreisgruppen, aber auch aus den Personengruppen. Das Seminar ist sonderurlaubsfähig.

Weitere Infos: martin.volkenrath@gdp-nrw.de, Anmeldungen: bildung@gdp-nrw.de

Neue Einsatzhandschuhe kommen nach und nach

Alle 24 000 Polizisten, die in NRW als Einsatzkräfte jeden Tag ihren Dienst auf der Straße verrichten, bekommen neue Einsatzhandschuhe. Dadurch sollen sie bei Angriffen besser vor Verletzungen geschützt werden. Das hat das Innenministerium kurz vor dem Beginn der Sommerpause entschieden. Die neuen Einsatzhandschuhe sind flammenhemmend und haben einen durchgehenden Schnittschutz der Stufe 5

(Finger, Handflächen und -rücken, Seiten) sowie einen Schlagschutz im Knöchelbereich. Weil die Handschuhe das Bedienen der Ausrüstungsgegenstände wie Pistole, Handfessel und Funkgerät nicht behindern dürfen und weil sie auch bei der Durchsuchung von Verdächtigen benutzt werden, verfügen sie zudem über taktile Eigenschaften.

Die Anschaffung der neuen Handschuhe kostet 1,2 Millionen Euro.

Weil das Innenministerium im aktuellen Haushalt nicht über die dazu erforderlichen Mittel verfügt, soll die Auslieferung in Etappen erfolgen. Zunächst kommen die Nachwuchspolizisten zum Zuge, die im Rahmen der Neueinkleidung erstmals mit Handschuhen versorgt werden, sowie alle Beamten, deren Handschuhe wegen Verschleiß ersetzt werden müssen.



PERSONALRÄTEKONFERENZ DES DGB

Weichenstellung für die Digitalisierung im öffentlichen Dienst in NRW

Am 10.10.2018 versammeln sich in der Stadthalle Kamen Personalräte der DGB-Mitgliedsgewerkschaften, um zu diskutieren, wie die Digitalisierung die Arbeit im öffentlichen Dienst verändert und wie Personalräte alle Chancen nutzen und Risiken verringern können, die mit der Digitalisierung einhergehen. Auf der Konferenz wird auch das Positionspapier des DGB NRW zur Digitalisierung im öffentlichen Dienst präsentiert.

Die Veranstaltung bietet auch Personalräten der GdP die Möglichkeit zum Dialog mit Kolleginnen und Kollegen der anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sowie Fachleuten aus Politik und Wissenschaft. Neben dem GdP-Landesvorsitzenden Michael Mertens wird unter anderem der Beauftragte der Landes-

regierung für die Informationstechnik, Hartmut Beuß, zur Veranstaltung erwartet. Bei einem Markt der Möglichkeiten zeigen Aussteller, wie sie den Alltag in Behörden z. B. mit E-Akte oder Chatbot digitalisieren. Anmelde-möglichkeit zur Konferenz und nähere Infos folgen.

Personalräte können sich nach § 42 LPVG für die Veranstaltung freistellen lassen. Die entstehenden Kosten (inkl. Reisekosten) sind dann von der Dienststelle zu tragen. Für die Teilnahme ist die Beschlussfassung des Personalrats erforderlich.

Veranstalter der Konferenz ist das Bildungswerk NRW. Weitere Informationen zu: Konferenz und zur Anmeldung gibt es www.dgb-bildungswerk-nrw.de/ und über die GdP-Homepage

Glücksnummern des Monats

45 11568
Rüdiger Kaiser, Bergisches Land
45 11435
Marlene Wojtkowiak-Stadel, Dortmund
45 11753
Norbert Sentler, Höxter
45 11741
Andre Schmitz, Duisburg

Die Gewinner im September erhalten einen GdP-Thermobecher „Close“.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Düren

5. September, 15 Uhr, Senioren-treffen, Restaurant Strepp am See, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach, bitte geänderte Anfangszeit beachten

Kreisgruppe Hagen

6. September, 8:30 Uhr, Senioren-fahrt, Frankfurter/Mühlenstr., 58095 Hagen, Museum ehemaliges Um-spannwerk Recklinghausen, Mittag-essen, Duisburger Hafen

Kreisgruppe Köln

20. September, 14 Uhr, Informati-onstreffen, Pfarrsaal St. Georg, Ge-orgstr. 2-4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln, Alexandra Elhöft und Alfred Ossendorf vom ADAC referieren über die Themen Barrierefrei Mobil und Rechtsfragen um den Radverkehr (insb. Pedelec und E-Bike)

GdP aktiv

15. 9., Chill Out 2.0 der Kreisgrup-pe Mettmann, ab 14 Uhr, Beachvol-leyball, Indoor-Soccer, Biergarten, Cocktail-Night und Tombola für die Polizeistiftung NRW. Für GdP-Mit-glieder ist die 1. Verzehrkarte frei! Eintritt und Sportmöglichkeiten

ebenfalls frei. Am Sportzentrum 1, Velbert

20. 9., GdP-4-Stunden-Kartrennen, 17 bis 22 Uhr, Coolrunners, Mühlen-str. 5, Gevelsberg. Infos: stefanie.bau-er@gdp-nrw.de

NACHRUFE

Günter Glock	16.12.1937	Bergisches Land	Ulrich Gitter	13.05.1956	LZPD NRW
Jakob Jonen	25.12.1924	Bonn	Georg Tholen	29.09.1964	LZPD NRW
Konrad Güttler	21.01.1933	Dortmund	Helmut Beyer	19.08.1923	Mettmann
Udo Potthoff	20.01.1945	Dortmund	Helene Kiefer	22.04.1924	Mettmann
Hermann Kramp	23.10.1924	Düren	Anneliese Goertz	26.09.1919	Mönchengladbach
Volker Süßmann	26.02.1963	Erftkreis	Josef Mooren	13.11.1931	Recklinghausen
Wolfgang Schulte	11.05.1952	Essen/Mülheim	Elisabeth Ikier	19.12.1921	Selm
Hans Broszio	16.11.1925	Hagen	Waltraud Mühlbauer	19.02.1926	Siegen-Wittgenstein
Werner Schelenz	17.08.1944	Hagen	Antonius Brüggemann	08.03.1956	Steinfurt
Leo Schroten	21.01.1949	Heinsberg	Ella Müller	25.12.1919	Viersen
Matthias Schwartges	02.08.1937	Kleve			

